

CDU – MUT ZUR VERANTWORTUNG!

BESCHLUSS DES BUNDESVORSTANDS DER
CDU DEUTSCHLANDS VOM 16. APRIL 2012

CDU

Deutschland steht vor großen Herausforderungen. Geordnete Staatsfinanzen, beständige Verbesserung der eigenen Wettbewerbsfähigkeit und Investitionen in die Zukunft sind der Dreiklang für ein nachhaltig erfolgreiches Deutschland und Europa im globalen Wettbewerb. Von diesem Dreiklang geleitet, haben wir in Europa erfolgreich für die Stabilität unserer Währung, den Fiskalpakt und damit für Schuldenbremsen in den Mitgliedstaaten und nachhaltige Wachstumsimpulse gekämpft. Deutschland kann umso glaubwürdiger als Anwalt für eine Stabilitätskultur und nachhaltiges Wirtschaften in Europa auftreten, je mehr alle staatlichen Ebenen in unserem Land konsequent nach diesen Grundsätzen handeln. Die CDU-geführte Bundesregierung geht mit gutem Beispiel voran: Wir führen die Neuverschuldung strikt zurück und investieren gleichzeitig so viel wie nie zu vor in Bildung und Forschung. Bundesländer, in denen die Union Verantwortung trägt, gehen diesen Weg entschlossen mit. Das klare Bekenntnis der CDU zur Schuldenbremse haben die Wählerinnen und Wähler im Saarland gewürdigt und Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer am 25. März ihr Vertrauen ausgesprochen.

Die CDU ist überzeugt: Wir müssen heute den Mut haben das Richtige zu tun, damit unsere Kinder heute und morgen gut leben können. Die CDU hat den Mut zu dieser Verantwortung. Wir wollen unseren Kindern Gestaltungsspielräume hinterlassen, nicht immer mehr Schulden!

Die CDU-geführten Bundesregierungen sind seit 2005 auf diesem Weg bereits ein großes Stück vorangekommen. Deutschland geht es gut. Wir sind stärker aus den Krisen der vergangenen Jahre gekommen, als wir in sie hineingegangen sind. Das hat Beschäftigten, Unternehmern und Politik viel abverlangt. Aber die Anstrengungen haben sich gelohnt: Noch nie waren so viele Menschen beschäftigt, wie heute. Die Arbeitslosigkeit ist auf dem niedrigsten Stand seit über 20 Jahren. Unsere Jugend schaut in eine gute Zukunft: Es gibt mehr als genügend Ausbildungsplätze und gut ausgebildete Fachkräfte sind bei Unternehmen begehrt. Unsere Unternehmen sind mit ihren innovativen Produkten in vielen Branchen weltweite Marktführer. Wir sind stolz darauf, dass Deutschland mit der CDU wieder zur Wachstumslokomotive unseres Kontinents geworden ist.

Die CDU in Bund, Ländern und Kommunen arbeitet mit aller Kraft dafür, dass sich diese gute Entwicklung auch in Zukunft fortsetzt. Dazu gehört es auch, auf allen Ebenen verantwortungsbewusst mit Blick in die Zukunft zu handeln.

Rot-Grün hat verhindert, dass Nordrhein-Westfalen an dieser guten Entwicklung angemessen Teil hat. Der jüngste Jahreswirtschaftsbericht für Nordrhein-Westfalen ist ein Armutszeugnis für Rot-Grün: Die Wirtschaftsleistung wächst deutlich langsamer, die Arbeitslosigkeit ist deutlich höher als in Deutschland insgesamt. Die Produktion stagnierte, während sie im Bundesdurchschnitt zulegen.

Anders sieht die Entwicklung im CDU-regierten Schleswig-Holstein aus. Das Land ist nach der Finanz- und Wirtschaftskrise wieder auf den Wachstumskurs zurückgekehrt. Die Arbeitslosigkeit ist auf den niedrigsten Stand seit fast 20 Jahren gesunken. Die CDU-geführte Regierung macht Ernst mit der Sanierung der Landesfinanzen: Jeder zusätzlich eingenommene Euro wird dazu verwendet, die Neuverschuldung abzusenken. In Nordrhein-Westfalen hingegen verschwendet Rot-Grün das Geld.

Wir wissen: Für große Herausforderungen gibt es keine einfachen Lösungen. Es genügt nicht, die Schuld auf andere zu schieben. Es genügt nicht, Bund und Länder oder westdeutsche und ostdeutsche Kommunen gegeneinander auszuspielen. Die CDU handelt. Wir unternehmen in Bund, Ländern und Kommunen große Anstrengungen, um die öffentlichen Haushalte zu konsolidieren. Die CDU hat die Schuldenbremse im Grundgesetz gegen den Widerstand der SPD-Linken durchgesetzt. Unsere Parteivorsitzende, Bundeskanzlerin Angela Merkel hat fast alle Europäischen Länder davon überzeugt, ebenfalls eine Schuldenbremse nach deutschem Vorbild einzuführen. Schleswig-Holstein hat unter CDU-Führung als erstes Bundesland bereits im Mai 2010 eine Schuldenbremse in seine Landesverfassung aufgenommen. Diesem Schritt verweigert sich Rot-Grün in Nordrhein-Westfalen bis heute und verspielt die Zukunft unserer Kinder.

Wir bekennen uns zur Schuldenbremse und zu nachhaltigen Staatsfinanzen. Deshalb reduzieren wir die Neuverschuldung weiter. Die CDU-geführte Bundesregierung kann die verfassungsrechtliche Schuldenbremse aus heutiger Sicht bereits 2014 – und damit zwei Jahre früher als vorgeschrieben – einhalten. Die CDU-geführte Landesregierung in Schleswig-

Holstein hat das strukturelle Defizit des Landes bereits um mehr als ein Drittel reduziert – ebenfalls zwei Jahre früher, als vorgeschrieben. In Nordrhein-Westfalen missachtet Rot-Grün das Grundgesetz und will die Ausgaben bis 2016 drastisch erhöhen, anstatt zu sparen. Aus dem Urteil des Verfassungsgerichts, das die von Rot-Grün im Nachtragshaushalt 2010 geplante überbordende Neuverschuldung für verfassungswidrig erklärt hatte, haben sie nichts gelernt.

Wir wissen: Deutschland braucht starke Kommunen. Deshalb unterstützt die CDU alle Kommunen nach Kräften. Dazu haben die CDU-geführten Bundesregierungen eine Vielzahl von kommunalen Förderprogrammen, etwa zum Auf- und Ausbau von Ganztagschulen, zum Ausbau der Kinderbetreuung für unter Dreijährige sowie ein Konjunkturpaket zur Überwindung der Finanzmarktkrise in Milliardenhöhe aufgelegt und beteiligt sich massiv an den kommunalen Ausgaben für Sozialleistungen. So wird der Bund allein für die Grundversicherung im Alter die Kommunen bis 2020 um 50 Milliarden Euro entlasten. Die CDU-geführte Landesregierung in Schleswig-Holstein hat ein kommunales Entschuldungsprogramm aufgelegt, mit dem sie die am höchsten verschuldeten Kommunen bei der Haushaltskonsolidierung unterstützt. Investitionen erfolgen vorrangig in die Bildung sowie in Infrastrukturmaßnahmen und wirken damit nachhaltig. Rot-Grün in Nordrhein-Westfalen hingegen hetzt die Kommunen gegeneinander auf, statt Fördergelder an sie weiterzuleiten. Sie behält Teile von Bundesgeldern, die den Kommunen zugedacht sind, für sich und erhöht dennoch die Neuverschuldung! Gleichzeitig werden zur Verfügung stehende Fördergelder von EU und Bund ignoriert: Allein im Jahr 2011 hat Rot-Grün über 300 Millionen Fördergelder, die Nordrhein-Westfalen zustanden, nicht genutzt. Darunter waren rund 80 Millionen Euro für den öffentlichen Nahverkehr und 33 Millionen Euro für Stadtentwicklung.

Wir wissen: Eine gute Infrastruktur ist für den Industriestandort Deutschland unverzichtbar. Straßen- und Schienenwege sind die Pulsadern unserer Volkswirtschaft. Die CDU-geführte Bundesregierung gibt mehr Geld für Erhalt und Ausbau der Infrastruktur aus. Vorrang haben dabei Verkehrswegeprojekte, die den größten volkswirtschaftlichen Nutzen bieten. Das gilt besonders für Lückenschlüsse sowie für die Beseitigungen von Verkehrsengpässen. In die Bereiche Straße, Schiene und Wasserstraße werden jahresdurchschnittlich rund zehn Milliarden Euro investiert. Damit stehen mehr Mittel zur Verfügung

als in den Jahren vor der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise. Auch die CDU-geführte schleswig-holsteinische Landesregierung hat die Maßnahmen zur Wirtschaftsförderung auf die Stärkung der heimischen Verkehrsinfrastruktur konzentriert. Um den Anforderungen einer modernen, auf Flexibilität und Schnelligkeit angewiesenen Gesellschaft gerecht zu werden, setzt die CDU Schleswig-Holstein weiter auf eine zukunftsfähige Verkehrsinfrastruktur.

Doch Nordrhein-Westfalen ist Stauland Nr. 1. Die rot-grüne Stillstandsregierung kümmert das nicht. NRW macht lieber ideologische Politik und streicht wichtige Infrastrukturprojekte. 78 Bundesfernstraßenprojekten werden gestoppt. Von 116 Landesstraßenbauprojekten in der Prioritätenstufe 1 werden nur noch 37 mit Vorrang weiterverfolgt. Insgesamt fallen dem Streichkonzert der rot-grünen Minderheitsregierung über 100 dringend benötigte Ortsumgehungen zum Opfer. Selbst Hilfen des Bundes werden erst gar nicht abgerufen. Das ist im verkehrsreichsten Bundesland fatal. Durch ihr verkehrspolitisches Versagen gefährdet Rot-Grün den Industriestandort Nordrhein-Westfalen und missachtet die Anliegen der Bürger.

Wir wissen: Die Energiewende ist eine zentrale Herausforderung der nächsten Jahre. Besonders die Bundesländer sind bei der Planung und Umsetzung gefordert. Während das CDU-geführte Schleswig-Holstein bei der Energiewende zu den Spitzenreitern gehört und mit ca. 5 Milliarden kWh alleine über 13 Prozent des gesamten deutschen Windstroms erzeugt, wurde die Energiewende im rot-grün regierten Nordrhein-Westfalen schlichtweg verschlafen. So liegt das Land bei der Windenergie nur auf Platz 15. Es wurden keine grundlegenden landesplanerischen Voraussetzungen für den Ausbau erneuerbarer Energien geschaffen. Der sogenannte Windenergieerlass verspielt vielmehr die Zustimmung der Bevölkerung zum notwendigen Ausbau der Windenergie. Von dem in Nordrhein-Westfalen produzierten Strom entfallen nur 6 Prozent auf erneuerbare Energien. In Schleswig-Holstein hingegen werden schon heute fast 50 Prozent des Stromverbrauchs durch erneuerbare Energien gedeckt. Von der Wertschöpfung vor Ort und den zukunftsfähigen Arbeitsplätzen in diesem Bereich profitieren die Bürgerinnen und Bürger in dem Land. Auch der Ausbau der Netzinfrastruktur kommt in Schleswig-Holstein mit dem Bau von 500 Kilometern Höchstspannungsleitungen zügig voran. In Nordrhein-Westfalen hingegen fehlt jeglicher Impuls zur planerischen Umsetzung des Netzausbaus. Auch die drin-

gend notwendige Kraftwerkserneuerung, beispielsweise mit dem hochmodernen Kraftwerk Datteln, wurde von der rot-grünen Minderheitsregierung blockiert. Mit der Blockade der steuerlichen Abschreibung von Gebäudesanierungsmaßnahmen im Bundesrat, die einen Gewinn für Klima, Handwerk und Arbeitsplätze vor Ort brächte, verspielt NRW wichtige Zukunftschancen für ganz Deutschland.

Wir wissen: Nordrhein-Westfalen kann mehr. Deutschland ist die größte Volkswirtschaft in Europa. Nordrhein-Westfalen ist die größte Volkswirtschaft in Deutschland und das exportstärkste Bundesland. Nordrhein-Westfalen zieht nach wie vor rund ein Drittel aller nach Deutschland fließenden ausländischen Direktinvestitionen an, soviel wie kein anderes Bundesland. Die CDU will diese Chancen nutzen und Nordrhein-Westfalen zu einem Musterbeispiel für zukunftsweisende Industriepolitik machen, in dem nachhaltiger Rohstoffeinsatz und Energieeffizienz groß geschrieben werden und die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft stärken. Wir dürfen es nicht zulassen, dass Nordrhein-Westfalen wegen rot-grüner Luftschlösser den Anschluss verliert. Wir wollen, dass Nordrhein-Westfalen zeigt, was es kann. Die Schuldenmacherei muss ein Ende haben. Es ist Zeit für Verantwortung.

Wir wissen: Schleswig-Holstein ist bei der CDU-geführten Landesregierung in guten Händen. Sie hat die Wirtschafts- und Finanzkrise als Chance begriffen, die Wettbewerbsfähigkeit und Attraktivität Schleswig-Holsteins im Standortwettbewerb zu stärken. Mit einer nachhaltigen und zukunftsgerichteten Strategie nutzt sie das Potenzial des Landes als attraktiver Wirtschaftsstandort zwischen den Meeren und will eine Vorzeigeregion für Energieeffizienz und Umweltschonung schaffen – für eine gute Zukunft aller Bürgerinnen und Bürger Schleswig-Holsteins.

Wir rufen alle Wählerinnen und Wähler in Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein auf: Geben Sie der CDU Ihre Stimme! Es geht um Ihr Land. Es geht um Ihre Kinder und Enkel. Es geht um unsere gemeinsame Zukunft.